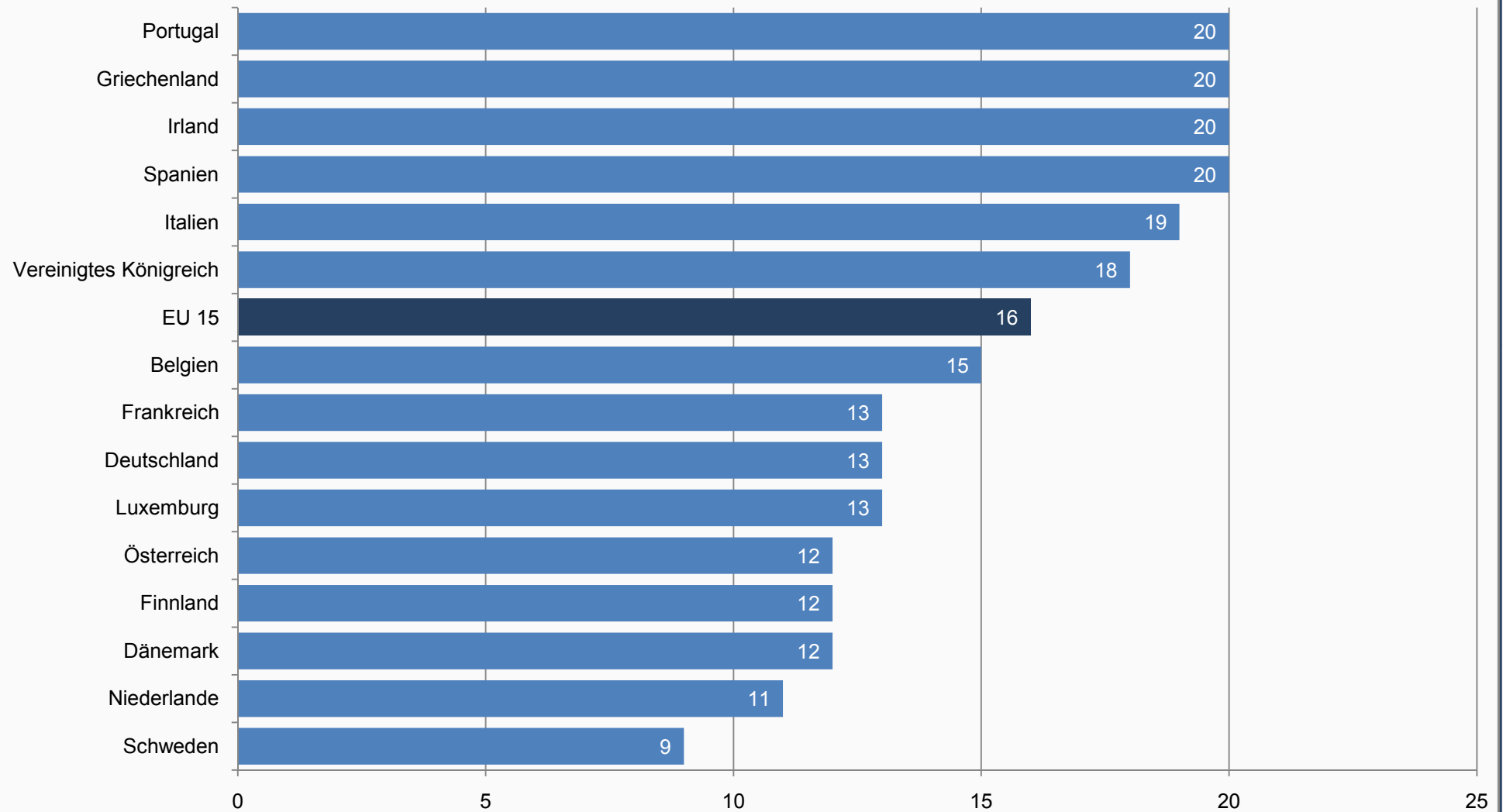


## ■ Armutsrisikoquoten in den Ländern der EU 15 2005

In % der jeweiligen Bevölkerung; Armutsschwelle: < 60% des medianen Äquivalenzeinkommens (neue OECD-Skala)



Quelle: Eurostat

Sozialpolitik-  
aktuell.de

Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zählt zu einem der zentralen sozialpolitischen Ziele, zu der sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union verpflichtet haben. Im Rahmen der „Methode der offenen Koordinierung“ werden die jeweiligen nationalen Aktionspläne zur Armutsbekämpfung auf der Grundlage gemeinsamer Ziele und Indikatoren abgestimmt.

Ein zentraler Indikator im Rahmen der Auseinandersetzung mit Armut und sozialer Ausgrenzung ist die Höhe der relativen Einkommensarmut. Im Mittel sind in den Staaten der EU 15 rund 16% der Bevölkerung aufgrund ihrer Einkommensverhältnisse vom Risiko der Armut bedroht. Zwischen den jeweiligen Mitgliedsstaaten bestehen jedoch große Unterschiede.

So liegen die südeuropäischen Staaten sowie das Vereinigte Königreich und Irland, in denen bis zu einem Fünftel der Bevölkerung von Einkommensarmut betroffen ist, oberhalb des europäischen Durchschnitts, während in den west- und nordeuropäischen Staaten das Risiko der Einkommensarmut wesentlich geringer ist. Gleichwohl sind auch in diesen Ländern zwischen 10 und 15% der Bevölkerung aufgrund ihres Einkommens von Armut betroffen.

Ordnet man die länderspezifischen Armutsquoten nach Wohlfahrtsstaatstypen so fällt auf, dass sich besonders hohe Betroffenheiten in den Staaten des südeuropäischen (Portugal, Spanien, Griechenland und Italien) sowie des liberalen Typs (Großbritannien und Irland) finden. Auf der anderen Seite liegen die Armutsquoten in den Ländern des skandinavischen-sozialdemokratischen und auch des konservativen „Bismarck-Typs“ unterhalb des EU-Durchschnitts.

### **Methodische Anmerkungen**

Seit 2005 liefert die EU-Statistik über die Einkommens- und Lebensverhältnisse (EU-SILC) die Daten zu den Einkommensverhältnissen in den EU-Mitgliedsstaaten sowie weiteren relevanten Indikatoren zu Fragen der sozialen Inklusion in der EU.

Gemäß internationalen Konventionen wird die Quote der Armutsgefährdung als Anteil von Personen mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle von 60% des medianen Einkommens des jeweiligen Landes gemessen. Das Äquivalenzeinkommen wird als Grundeinkommen des Haushalts, geteilt durch seine Äquivalenzgrößen definiert. Grundlage hierfür ist die „neue OECD-Skala“, nach der Haushaltsmitglieder wie folgt gewichtet werden: 1 (erster Erwachsener) : 0,5 (jedes weitere Haushaltsmitglied über 14 Jahren) : 0,3 (Kinder unter 14 Jahre).

Zu berücksichtigen ist, dass es sich bei diesen Angaben um eine rein monetäre Berechnung der Armutsgefährdung handelt. Die reale Lebenssituation der Betroffenen bleibt unberücksichtigt. Es ist jedoch auch denkbar, dass es in Haushalten, die rechnerisch oberhalb der Armutsgrenze liegen z. B. aufgrund von Verschuldung oder Suchtproblematiken an elementaren Lebensgrundlagen mangelt. Auf der anderen Seite können trotz eines geringen Einkommens ausreichende finanzielle Mittel vorhanden sein, z. B. durch Vermögensbestände, die in der Einkommensstatistik nicht berücksichtigt werden.